



**Gelsenkirchen**

Der Oberbürgermeister

Antrag		
<input checked="" type="checkbox"/>	öffentlich	<input type="checkbox"/> nichtöffentlich
Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)		
<b>04-09/7107</b>		

Antragsteller/in

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Ratsgruppe

Antragsdatum

26.03.2009

Beratungsfolge	Sitzungstermine	Top	Zuständigkeiten
<b>Rat der Stadt</b>	<b>26.03.2009</b>		<b>4</b> 1 = Anhörung 2 = mitbeteiligt bei der Vorberatung 3 = federführende Vorberatung 4 = Entscheidung

Betreff

**Zukunft schaffen, Qualifikation und Arbeitsplätze erhalten, dem Ruhrgebiet helfen: OPEL muss bleiben!**

Inhalt des Antrages

Die Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN und die Ratsgruppe der FDP beantragen im Rahmen der Dringlichkeit, der Rat möge folgende Resolution beschließen:

Zukunft schaffen, Qualifikation und Arbeitsplätze erhalten, dem Ruhrgebiet helfen: OPEL muss bleiben!

Der Rat der Stadt Gelsenkirchen bekundet seine uneingeschränkte Solidarität mit den Beschäftigten von Opel. Er erwartet, dass alle Beteiligten, insbesondere General Motors, ihrer Verantwortung nachkommen, OPEL auf eine wirtschaftlich tragfähige und dauerhafte gesunde Basis im europäischen Kontext zu stellen. Er fordert die Landesregierungen mit Opel- Standorten, die Bundesregierung, die betroffenen europäischen Regierungen und die Europäische Union auf, weiterhin alles Erforderliche zu tun, um die Opel-Werke und die Arbeitsplätze zu erhalten. Solange General Motors kein zukunftsfähiges und nachvollziehbares Unternehmenskonzept vorlegt, bleibt die Lage für das Unternehmen OPEL, die Zuliefererunternehmen und die Beschäftigten kritisch.

Die weltweite Krise auf den Finanzmärkten und die Lage der Automobilindustrie insgesamt erfordert mutige und ungewöhnliche Schritte. Darum bleibt die zentrale Herausforderung, das europäische Geschäft von General Motors und damit auch von OPEL auf eine wirtschaftliche tragfähige und dauerhaft gesunde Basis zu stellen. Jetzt sind GM und der amerikanische Staat am Zug: Wir erwarten die Freigabe der Patentrechte sowie Sicherungsmechanismen hinsichtlich der Finanzhilfen. Wir erwarten außerdem die Vorlage eines tragfähigen Restrukturierungskonzeptes mit dem Ansatz, sich mit ökologischen Entwicklungslinien und Modellstrategien als Hersteller zu positionieren.

Die Folgen einer Insolvenz bei OPEL würden unübersehbar sein. Der Verlust von Arbeitsplätzen und von Qualifikationen, der Zusammenbruch der

Wertschöpfungskette von der Zulieferung über die Produktion bis zur Händlerkette bedroht die Standorte von Opel, vor allem aber die Beschäftigten und ihre Familien. Auch 1.000 Beschäftigte aus Gelsenkirchen arbeiten bei Opel, viele weitere Arbeitsplätze sind in der Zulieferindustrie unmittelbar betroffen. Die Arbeitslosigkeit tausender Menschen mit den negativen Folgen für die Sozialstruktur der ganzen Region muss verhindert werden.

Die Bereitschaft der OPEL-Händler zur finanziellen Beteiligung an der Sicherung des Unternehmens zeigt, dass Vertrauen in die Zukunft des Unternehmens geschaffen werden kann. Auch potentielle Investoren benötigen dieses Vertrauen. Es ist die Aufgabe des Staates, jenseits ideologisch motivierter ordnungspolitischer Vorstellungen einen aktiven Beitrag zur Herstellung dieses Vertrauens zu schaffen - im Interesse der Arbeitsplätze, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie ihrer Familien und der ganzen Regionen. Bis hin zur zeitlich befristeten Übernahme des Unternehmens in staatliche Verantwortung sind Maßnahmen zum Erhalt des Unternehmens und der Arbeitsplätze unter den genannten Bedingungen zu ergreifen.